

Menetekel für Europa

Der Ausgang des Schweizer Referendums über die Freizügigkeit sei alles andere als ein isoliertes helvetisches Ereignis, kommentiert Rainer Wieland MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland, das Ergebnis des Volksentscheids im Nachbarland über die Begrenzung von Zuwanderung. „In Anbetracht der krisenhaften Erscheinungen unserer Zeit sehnen sich viele Menschen nach einer heilen Welt. Nun ist in der Schweiz eine knappe Mehrheit den einfachen Erklärungen der Blocher-Partei erlegen.“ Wieland bedauert das Ergebnis dieser Abstimmung und sieht darin mehr als nur einen lokalen Vorgang.

„Die Schweiz liegt mitten in Europa. Auch wenn sie nicht der Europäischen Union angehört, ist sie aufs Engste mit dieser verbunden.“ Wieland warnt vor Rückschritten im europäischen Integrationsprozess: „Die Bereitschaft zur Selbstabschottung, zum Rückzug aus der europäischen Zusammenarbeit ist überall in Europa spürbar. Dieser rückwärtsgewandte Zeitgeist wird auch die Europawahl beeinflussen, wenn die proeuropäischen politischen Kräfte sich nicht eindeutig positionieren.“

„Die innereuropäische Freizügigkeit und Fragen der Zuwanderung, das werden bestimmende Themen der Europawahl sein“, zeigt sich der EP-Vizepräsident überzeugt. „Da dürfen die demokratischen Parteien sich nicht einfach wegducken und den Populisten das Feld überlassen.“ Die Freizügigkeit gehöre zu den größten Errungenschaften Europas und dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Es stehe zu befürchten, dass besonders die rechtspopulistischen Parteien in vielen EU-Staaten das Signal, das mit dieser Abstimmung von der Schweiz ausgeht, begierig aufgreifen werden. „Diejenigen, die jetzt nicht vor der Wahl Farbe bekennen, brauchen nicht am Wahlabend mit betroffenen Gesichtern vor die Kameras zu treten.“

„Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum nur ein offenes Europa, ein Europa der Zusammenarbeit und des Austauschs, eine wirtschaftliche Dy-



Nach dem Volksentscheid über die Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz: Wie wird sich das Verhältnis der Eidgenossen zur EU und deren Einstellung zu Freizügigkeit der Personen entwickeln?

Fotolia.com © Hugh O'Neill

namik entfalten kann, die uns eine Freiheit und Wohlstand sichernde Zukunft erlaubt. Sollten wir in Europa anfangen, uns voneinander abzuschotten, wird die Europäische Union in überschaubarer Zeit am Ende sein.“ Es stehe viel auf dem Spiel, warnt Wieland. Der Konsens der die europäische Integration bejahenden politischen Kräfte sei nun gefragt, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. „Die Parteien müssen für ihre unterschiedlichen Wege in die Zukunft werben. Die durchaus unterscheidbaren Standpunkte müssen im Europawahlkampf deutlich werden. Die Grundwerte Europas müssen wir aber in überparteilicher Übereinstimmung hochhalten und gegen ihre Feinde verteidigen.“

Wieland betont darüber hinaus mit Blick auf die Verträge zwischen der EU und der Schweiz, europäische Zusammenarbeit sei kein „cherry picking“. Man könne nicht den Binnenmarkt für Kapital, Waren und Dienstleistungen haben wollen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit ablehnen. Gleichzeitig rief der Europa-Union-Präsident zu weit-sichtigem Umgang mit der eingetretenen Situation auf. „Die Kommentierung dieses Ereignisses darf jetzt nicht in die Kavallerie-Abteilung abrutschen.“ Denn dies würde

nur die Europa ablehnenden Kräfte stärken. „Egal um welches zu lösende Problem es sich handelt, Rechts- und Linkspopulisten sind immer nur daran interessiert, Wasser auf die eigenen Mühlen zu lenken. Das Wohlergehen ihres eigenen Landes ist ihnen im Grunde gleichgültig.“

Aus dem Inhalt

2014 – Zeit für den großen Wurf 2/3
von Rainer Wieland MdEP und Christian Moos

Ukraine:
Der lange Weg nach Europa 4
Kommentar von Markus Ferber MdEP

**Deutsche verlangen
koordinierteres Vorgehen der EU** 5
Ergebnisse der
aktuellen Eurobarometerumfrage

**Europawahl 2014 –
Anmerkung zum Grundsätzlichen** 6
Kommentar von Prof. Dr. Hein Hoebink

2014 – Zeit für einen großen Wurf

Das Jahr 2014 wird kein einfaches für Europa sein. Die Wahlen im Mai werden mit gewisser Wahrscheinlichkeit die Integrationsgegner im Europäischen Parlament stärken. Mit der zu erwartenden Fundamentalopposition werden wir uns demokratisch auseinanderzusetzen haben. Es besteht aber kein Anlass zur Panik. Es wird auch nach dem 25. Mai noch eine klare Mehrheit konstruktiver und verantwortungsbewusster politischer Kräfte im Parlament geben. Die EU wird an der möglichen Welle europaskeptischer Populisten nicht zerbrechen, und in fünf Jahren, wenn wieder gewählt wird und die Krise endlich überwunden ist, wird das Vertrauen der Menschen in Europa auch wieder größer sein.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland kann und wird für den 25. Mai keine Wahlempfehlungen aussprechen. Für die Europa-Union als deutsche Sektion der europäischen Föderalisten ist es aber wichtig, dass diejenigen Parteien ins Parlament einziehen, die bereit sind, auch für Europa Verantwortung zu übernehmen. Unsere Überparteilichkeit kennt also eine klare Demarkationslinie. Offen europafeindliche Parteien, sich als Systemüberwinder gerierende Antidemokraten und Extremisten jedweder Couleur betrachten wir als Gegner, die es politisch, das heißt mit der Kraft des besseren Arguments, zu bekämpfen gilt.

WER POPULISTEN NACHEIFERT, SCHÜRT ÄNGSTE

In der Auseinandersetzung mit Europas Gegnern ist es wenig hilfreich, wenn an und für sich seriöse politische Kräfte Parolen der Populisten übernehmen, um rechte oder linke Flanken am Rande des politischen Spektrums zu bedienen. Der Preis, der mittel- bis langfristig für eine solche Anbiederung zu entrichten ist, könnte sich als sehr hoch erweisen. Wer Populisten nacheifert, schürt die Ängste der Menschen und wird am Ende sehen, dass undifferenzierte Angst im Zweifel gleich das „Original“ wählt. Den Beweis sehen wir in einigen Ländern.

Gewiss haben die Krisenjahre das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in Europa erschüttert. Erfreulicherweise lassen sich jedoch zu Anfang des neuen Jahres eine Reihe guter Argumente dafür anführen, dass die Krisenpolitik der EU und der Eurogruppe Vertrauen verdient. Irland hat den Rettungsschirm verlassen, kann sich aus eigener Kraft refinanzieren, auch Spanien wird auf eine Absicherung seiner Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus verzichten können. Die Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Finanzen zeigen auch in Portugal Wirkung. Krisenstaaten, die Jahre einer scharfen Rezession hinter sich haben, kehren allmählich auf einen moderaten Wachstumskurs zurück. Die Lage in Griechenland bleibt zwar besonders schwierig, immerhin erzielte das Land 2013 aber einen Primärüberschuss, konnte also, rechnet man die Zinslasten heraus, ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen. Nahezu alle Krisenländer erzielen Zinssätze für Anleihen, die zum Teil seit Jahren nicht mehr gesehen wurden. Es wächst das Vertrauen der Märkte für den maßvollen Konsolidierungskurs.

LÖSUNG DER SOZIALEN KRISE

Noch nicht am Ziel, aber schon ein gutes Stück vorangekommen ist die europäische Bankenunion. Besonders das Europäische Parlament hat auf eine zukunftsfeste Finanzmarktregulierung geachtet und diese auch durchgesetzt. Die Wirtschafts- und Währungsunion konnte so reformiert werden, dass sie den Euro dauerhaft stabilisiert. Die Gemeinschaftswährung ist heute weit weniger durch spekulative Angriffe gefährdet als noch vor wenigen Jahren. Jeder spürt, dass wir uns auf sichererem Grund bewegen als noch vor einem Jahr. Wir freuen uns über diese hoffnungsvollen Entwicklungen.

Es bleibt aber viel zu tun. Das betrifft zum einen die Lösung der tiefen sozialen Krise, die viele EU-Staaten und besonders einige Mitglieder der Eurozone erfasst hat. Das betrifft zum anderen die weiteren, notwendigen Schritte hin zu einer Politischen Union, die die Wirtschafts- und Währungsunion vollendet.

Solange die Arbeitslosigkeit in Europa auf so hohem Niveau bleibt wie derzeit, wird es enorm schwer sein, das Vertrauen einer großen Mehrheit in die europäische Integration zurückzugewinnen. Das gilt vor allem für die in vielen Teilen Europas katastrophal hohe Jugendarbeitslosigkeit. Das wirtschafts- und sozialpolitische Auseinanderdriften der EU-Mitglieder muss dringend gestoppt, die bereits eingetretene Entwicklung umgekehrt werden. Herausforderungen dieser Größenordnung sind nur gemeinsam zu bewältigen. Sie erfordern Veränderungsbereitschaft von allen Europäerinnen und Europäern, auch von uns Deutschen. Die Aufgabe ist zu groß, als dass wir meinen könnten, es reiche aus, wenn Einzelne, vermeintlich unseriös haltende oder reformunwillige Staaten und Gesellschaften, sich mühen.

VERBINDENDE VISION VON EUROPA FEHLT

Nach wie vor fehlt es an einer verbindenden Vision für die Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit in den nächsten Jahren. Die 2020-Strategie der Europäischen Kommission erfüllt diese Funktion nicht; die Lissabon-Strategie wird die Menschen auch in neuem Gewand nicht begeistern können. Rat und Parlament sollten sich auf gemeinsame Ziele verständigen, die eine klare, verlässliche und die Menschen überzeugende Agenda für ein demokratisches, sicheres und auch sozial nachhaltiges, wirtschaftlich prosperierendes Europa vorgeben. Eine wichtige Grundlage dafür wäre das Einvernehmen wichtiger EU-Staaten im Europäischen Rat. Diejenigen, die auf der Bremse stehen, dürfen nicht das Tempo vorgeben.

Bereits für 2013 hätten wir uns entschiedenere Schritte hin zu einer Politischen Union gewünscht. Viele zentrale Fragen wurden aus einer Reihe von Gründen ausgeklammert, auf die Zeit nach den Wahlen zum Europäischen Parlament vertagt. Wir bedauern dies. 2014 wird es, spätestens nach der Europawahl, höchste Zeit für einen neuen politischen Prozess, den mit seinen Partnern in Gang zu setzen Deutschland zweifelsohne große Mitverantwortung trägt. Es ist Zeit für einen großen europapolitischen Wurf.

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IN DER VERANTWORTUNG

2014 wird reich an historischen Gedenktagen sein. Die Erinnerung an den Ausbruch des Großen Krieges, wie die Franzosen den Ersten Weltkrieg nennen, sollte Anlass geben, die deutsch-französischen Beziehungen, von denen die europäische Entwicklung immer abhing, auf eine erneuerte Grundlage zu stellen. Spätestens nach den Europawahlen braucht es eine gemeinsame Initiative, mit der Deutschland und Frankreich, ihrer gemeinsamen Verantwortung für Europa gerecht werdend, Führung zeigen. Im Idealfall sollte diese Initiative im Rahmen des viel zu wenig genutzten Weimarer Dreiecks sowie unter Einschluss weiterer nordischer und südeuropäischer Staaten erfolgen. Sicherlich können Deutschland und Frankreich die Probleme einer Gemeinschaft von 28 Staaten nicht allein lösen. Ohne ein enges Einvernehmen zwischen Berlin und Paris wird es aber nicht gehen.

Eine neue europäische Dynamik ist auch vonnöten, um London wieder enger an die Union anzubinden. Das mag ob der weit verbreiteten Europaskepsis der Briten widersprüchlich erscheinen. Gerade Großbritannien braucht aber eine klare, führungsstarke und perspektivreiche kontinentale Initiative. Der Preis einer Loslösung des Vereinten Königreichs von Europa kann nur höher werden, wenn Europa sich als handlungsfähig erweist. Europa braucht Großbritannien, Deutschland braucht Großbritannien in Europa. Das gilt nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen, vor allem aber aus wirtschaftspolitischen Erwägungen. Denn die Briten sind besonders für uns Deutsche verlässliche Partner, nicht nur wenn es um Handelsfragen geht. Gegen Großbritannien laufen weniger Vertragsverletzungsverfahren als gegen andere, als integrationsfreundlich geltende Mitgliedstaaten. Aber auch Großbritannien braucht Europa. Sogar Washington sah sich veranlasst, London für den Fall eines EU-Austritts vor einem globalen Bedeutungsverlust – auch als Verbündeter – zu warnen.

Eine sichtbare politische Handlungsfähigkeit der Union ist auch deshalb unverzichtbar, weil die EU sonst von innen her zerfasert. Westliche Werte wie die Rechts-

staatlichkeit, aber auch europäische Werte wie die Freizügigkeit drohen dann in Frage gestellt zu werden.

GLOBALISIERUNG ÜBERZEUGEND GEMEINSAM GESTALTEN

Die EU braucht klare politische Linien, weil sie und ihre Mitglieder sonst von den Problemen um sie herum eingeholt und schlussendlich überrollt werden. Die Herausforderungen in der Nachbarschaft Europas sind enorm groß. Das ist mehr als das zuweilen schablonenhaft wirkende Argument der Globalisierung, in der die Europäer nur gemeinsam bestehen können. Wohin man auch sieht, vom unruhigen Maghreb über das am Rande eines Bürgerkriegs stehende Ägypten und die arabische Halbinsel mit ihren, vor allem in Syrien schwelenden und offenen Brandherden, von der von einer innenpolitischen Krise erfassten Türkei über den Iran und die nach wie vor ungelöste Nuklearfrage nach Russland, das seine inneren Widersprüche und Schwächen durch eine neoimperiale Politik zu verdecken trachtet und in die zwischen Ost und West zerrissene Ukraine, überall sind die Dinge in Bewegung geraten.

Auch jenseits der an Europa angrenzenden Regionen herrscht bedrohliche Instabilität. Das gilt vor allem für Ostasien, dessen Lage auf bedrückende Weise an die Europas am Vorabend des Ersten Weltkriegs erinnert. Der Weltfrieden war seit dem Ende des Kalten Krieges und vielleicht sogar seit der Kuba-Krise nicht mehr so bedroht wie heute. Ein internationaler Faktor, der zählt und der stabilisierend auch außerhalb Europas wirkt und damit die Sicherheit und das Wohlergehen auch aller Menschen in Europa gewährleistet, kann nur ein überzeugendes, gemeinsames Auftreten der Europäerinnen und Europäer sein. Leider ist die Europäische Union 2014 noch weit von einem solchen überzeugenden, gemeinsamen Auftreten in der Welt entfernt.

MENSCHEN FÜR DIE EUROPAIDEE BEGEISTERN

Die europäische Idee mag nicht mehr leicht zu vermitteln sein, wenn sie ausschließlich an die Gründungsmotive der Gemeinschaft anknüpft. Dennoch: Der Gedan-

ke, das friedvolle Zusammenleben der Staaten und Völker in Europa durch gemeinsame Institutionen und die Teilung von Souveränität zu ermöglichen, bleibt so aktuell wie eh und je und eben weit mehr als nur eine Lehre aus der Vergangenheit. Die Präambel des Grundgesetzes beschreibt das Leitmotiv der Bundesrepublik Deutschland, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Das ist nicht bloß Prosa. Vielmehr bedeutet dieser Satz, „dass die Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa aufgehen kann“ (Dieter Hesselberger).

Ein geeintes und starkes Europa ist die Voraussetzung für unser Überleben in der Zukunft, die mit der Bewältigung der uns 2014 bedrängenden Probleme und Gefahren anfängt.

Lassen Sie uns zusammen für die europäische Idee werben! Setzen wir uns gemeinsam ein für einen neuen europäischen Elan. Das Jahr 2014 wird unseren Verband mit seinen Hochtagen der europäischen Erinnerung und den Europawahlen in besonderer Weise fordern. Wir müssen aber auch nach vorne schauen. Das alles wird nicht ohne Sie zu leisten sein! Wir möchten Ihnen an dieser Stelle für Ihr großartiges ehrenamtliches Engagement in der überparteilichen Europa-Union, für Ihren unermüdlichen Einsatz für die europäische Idee danken.

Die Europa-Union wird sich in diesem Jahr und darüber hinaus mit all diesen Fragen befassen, sie wird als größte und älteste deutsche Bürgerinitiative für Europa ihre Stimme hörbar einbringen in den öffentlichen Diskurs um die weitere europapolitische Entwicklung. Die Europa-Union kann dies jedoch nur, weil es Sie gibt, europapolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger und die vielen ehrenamtlich aktiven Mitglieder unseres Verbandes. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen auch 2014 neue Wege für die Europa-Union beschreiten, um unseren Verband weiter zu stärken.

*Rainer Wieland MdEP
Präsident der Europa-Union Deutschland*

*Christian Moos
Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland*

Der lange Weg nach Europa Die Ukraine vor der Erneuerung

Nach wochenlangem Protest ist die Ukraine vor der Erneuerung des Landes: Das autoritäre Regime von Präsident Janukowitsch ist entmachtet und nach dem Machtwechsel kämpft die neue Staatsführung gegen den drohenden Staatsbankrott. Das krisengeschüttelte EU-Nachbarland ist infolge der dreimonatigen Tumulte am Rande einer Zahlungsunfähigkeit angelangt. Der Euphorie über die politische Zeitenwende in der Ukraine folgt die Angst vor der Staatspleite. Das Land ist hoch verschuldet und besitzt kein funktionierendes Geschäftsmodell. Ein Neuanfang mit allen politischen Kräften ist nun notwendig. Dies darf nicht zu einer Spaltung des Landes führen.

„Wir sind Europäer“ skandierten die Menschen wochenlang auf dem Maidan-Platz in Kiew. In den vergangenen Wochen haben wir die größten Demonstrationen der ukrainischen Opposition seit der demokratischen „Orangen Revolution“ erlebt. Die letzten Tage haben den außerordentlichen Mut des ukrainischen Volkes auf dem Maidan-Platz in Kiew sowie überall in der Ukraine in seinem Streben nach einem modernen demokratischen Staat auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte gezeigt. Die Protestierenden bekennen sich zur EU und möchten eine echte Westorientierung ihres Landes haben. Janukowitsch unterschätzte die Sehnsucht seines eigenen Volkes nach europäischer Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Das zeigt uns als Europäer, dass unsere europäischen Werte, die wir in der EU als so selbstverständlich hinnehmen, für Länder der ehemaligen Ostblockstaaten durchaus attraktiv sind.

Auslöser der Proteste waren die von der Regierung in Kiew, unter wirtschaftlichem und politischem Druck Moskaus, abgebrochenen Vorbereitungen für die geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU. 2007 hatten die Verhandlungen

zu einem der bislang umfassendsten Abkommen zwischen der EU und einem Nicht-Kandidatenland begonnen. Ende 2013 war es unterzeichnungstauglich, aber die ukrainische Regierung ließ das Abkommen platzen und kündigte zugleich an, den „aktiven Dialog“ mit Russland und anderen Mitgliedern der von Moskau geführten Zollunion wiederaufzunehmen.

Außenpolitisch lavierte das Land seit jeher zwischen der Abhängigkeit von Moskau und der Hinwendung zu Brüssel. Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine



Markus Ferber MdEP traf sich im Januar zu einem persönlichen Gespräch mit Eugenia Timoschenko, der Tochter der damals noch inhaftierten ukrainischen Oppositionspolitikerin und ehemaligen Regierungschefin Julia Timoschenko. Sie berichtete über die Lage in ihrem Heimatland und die Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew.

Bild: Stefan Bösl, kbumm.agentur

waren seit dem Erreichen der Unabhängigkeit des Landes geprägt von Erwartungen, die auf beiden Seiten nicht erfüllt wurden, und der Tatsache, dass offizielle Bekenntnisse und das tatsächliche politische Handeln der ukrainischen Führung meist auseinanderfielen. Wohl dosiert und in regelmäßigen Abständen hat der damalige ukrainische Präsident in den Verhandlungen mit der EU seine zweideutigen Signale ausgesandt.

Die neue Regierung in der Ukraine steht nun vor großen Herausforderungen. Sie

muss zunächst die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes stabilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft sichern. Die EU, der IWF und andere internationale Institutionen müssen bereit sein, die Ukraine mit kurz- und langfristigen Maßnahmen zu unterstützen.

Gefordert ist jetzt auch die EU. Doch ich sage ganz deutlich: Eine Vollmitgliedschaft gehört jetzt nicht auf die Tagesordnung und ist auch nicht im Angebotskasten. Die Hilfen müssen sich an die bisherigen Angebote für kurz-, mittel- und langfristige Unterstützung orientieren, die der gestürzte Präsident ausgeschlagen hat, als er im November seine Unterschrift zum Assoziierungsabkommen verweigerte. Auch die ukrainischen Justizbehörden brauchen Hilfestellung, um sich im Rahmen ordnungsgemäßer und rechtstaatlicher Verfahren mit denjenigen zu befassen, die für die Verletzungen der Menschenrechte und Tötungen von Menschen verantwortlich sind. Dies wird den Unterschied zum Missbrauch des Justizsystems durch das ehemalige Regime darstellen.

Sicher ist, dass die Neuwahlen am 25. Mai zu einer Art Referendum über die Zukunft der Ukraine werden. Im Kern geht es um die Frage, in was für einer Gesellschaft die Ukrainer künftig leben wollen: einer freiheitlich-demokratischen wie in Westeuropa oder einer neosowjetischen nach russischem Vorbild. Ich fordere alle Mitglieder des ukrainischen Parla-

ments auf, diesen Weg der verantwortungsvollen und friedlichen Zusammenarbeit durch die Bildung einer breiten Regierungskoalition fortzusetzen, um das Land zu reformieren und die territoriale Integrität der Ukraine und die Einigkeit der Gesellschaft zu gewährleisten. Russland wie auch die EU müssen ihrer Verantwortung für die Stabilität und territoriale Integrität der Ukraine nachkommen.

Markus Ferber MdEP
Landesvorsitzender
der Europa-Union Bayern

Deutsche für koordinierteres Vorgehen der EU-Staaten

Aktuelles Eurobarometer

Die Deutschen sehen in der Europäischen Union den effektivsten Akteur im Kampf gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie stehen zum Euro, verlangen aber eine strengere Regulierung der Finanzmärkte und bessere Abstimmung der EU-Staaten in der Wirtschaftspolitik. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird von den meisten unterstützt, nicht jedoch eine erneute Erweiterung der EU. Das sind die zentralen Erkenntnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage für Deutschland, die die EU-Vertretung in Deutschland präsentierte.

59% der Deutschen und 65% der Europäer sehen die europäische Wirtschaft in einem schlechten Zustand. Gefragt, welchen Akteuren sie am ehesten effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschafts- und Finanzkrise zutrauen, sprechen sich die befragten Deutschen zuerst für die Europäische Union aus (24%), dann folgen die Bundesregierung (21%), die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (17%) und der Internationale Währungsfonds (IWF) mit 14%. Europaweit stehen EU (22%) und nationale Regierungen gleichauf, gefolgt vom IWF (13%) und den G20 (12%).

Der Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise führt nach Meinung der EU-Bürger über verstärkte Kooperation. 90% der Deutschen und 83% der Europäer glauben, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen. 86% der Deutschen meinen, dass Deutschland trotz der derzeit guten Konjunktur weitere Reformen braucht, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Europaweit sehen 88% der Befragten dies für ihr eigenes Land genauso.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat zu einer neuen Diskussion über die Zukunft der EU geführt. Viele Europäer haben entdeckt, dass es sie ganz direkt angeht, was auf europäischer Ebene entschieden wird. Eine Mehrheit der Befragten sehen diesen Diskussions- und Reformprozess positiv. 57% der Deutschen und 54% der Europäer sind der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird als zuvor.

DEUTSCHE STEHEN ZUM EURO

Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, unterstützen nach wie vor die meisten Deutschen (71%) und Europäer (52%). Eine Mehrheit der Befragten (DE: 75%, EU: 63%) befürwortet eine gemeinsame Außenpolitik der 28 Mitgliedstaaten und wünscht sich eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (DE: 82%, EU: 73%). Eine Erweiterung der EU um weitere Staaten lehnen Deutsche (69%) und Europäer (52%) mehrheitlich ab.

Im Jahr der Wahlen zum Europäischen Parlament möchten die meisten Deutschen und Europäer eine lebendigere Demokratie auf europäischer Ebene: 69% der Deutschen und 57% der Europäer finden es gut, wenn die europäischen politischen Parteien einen eigenen Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten aufstellen.

AUFGABEN DER EU AUS SICHT DER BÜRGER

Hauptziel der europäischen Politik ist gegenwärtig nach Ansicht von 29% der Deutschen und 27% der Europäer die Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum innerhalb der EU. Ginge es nach den befragten Deutschen (27%), besteht die eigentliche Kernaufgabe jedoch darin, Frieden und Stabilität in Europa aufrecht zu erhalten. Europaweit finden die meisten der Befragten (26%), dass die EU vor allem den Lebensstandard ihrer Bürger verbessern sollte.

40% der Deutschen wie Europäer sind der Ansicht, dass die EU die Bedingungen für mehr Jobs in Europa schafft. Eine Mehrheit der Befragten (DE: 55%, EU: 52%) ist allerdings gegenteiliger Auffassung. Dass die EU für die Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten verantwortlich ist, davon sind 60% der Deutschen und 63% der Europäer überzeugt. Eine Kernaufgabe der EU, der Handel im Binnenmarkt, wird allgemein anerkannt:



Die EU mache es einfacher, Geschäfte in Europa zu machen (DE: 81%; EU: 62%).

Dass die EU zu viel Bürokratie produziert, dieser Meinung sind 85% der Deutschen und 74% der Europäer.

Positiv bewerten Deutsche (62%) wie Europäer (55%) die Rolle der EU, wenn es darum geht, globale Herausforderungen anzugehen. 58% der Deutschen und 54% der Europäer glauben, dass die EU dazu beiträgt, ihre Bürger zu schützen. Eine große Mehrheit der Befragten (DE: 86%, EU: 81%) ist der Ansicht, dass die Europäische Union dringend eine klare Botschaft für ihre Ziele und Werte braucht.

Die Befragungen wurden im November 2013 in den 28 Mitgliedstaaten der EU, den fünf Kandidatenländern Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Island, Serbien und Montenegro sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt.

Weitere Informationen über die Homepage von Eurostat: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>

Die Europawahl 2014 Eine Anmerkung zum Grundsätzlichen

Bekanntlich sind alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland sowie alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die seit mehr als drei Monaten in der Bundesrepublik leben, aufgerufen, an den erneuten Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, die in der Europäischen Union (EU) zwischen dem 22. und 25. Mai 2014, in der Bundesrepublik am 25. Mai, durchgeführt werden.

Grundsätzlich betrachtet ist die Wahl als ein Bekenntnis zum „Projekt Europa“ zu verstehen. Bei diesem Bekenntnis geht es um eine Erneuerung des Bekenntnisses zur europäischen Integration selbst, wie sie von Intellektuellen, Schriftstellern, Publizisten oder auch Politikern von Fall zu Fall über verschiedene Jahrhunderte hinweg gefordert wurde, verstärkt nach dem Ersten Weltkrieg und dann ganz besonders während des Zweiten Weltkrieges und in der vom europäischen Wiederaufbau und dem Kalten Krieg geprägten Zeit danach. Im Hintergrund des Zieles, Reiche oder Staaten miteinander zu vereinen, stand die Absicht, persönliche Beziehungen auszubauen, staatliche Bündnisse zu schaffen und Kräfte zu bündeln, Frie-

den zu stiften oder zu sichern, den wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch zu fördern, die politische Verständigung zur Verbesserung grenzüberschreitender Beziehungen zu erleichtern und die historisch gewachsenen, auf die Antike und das Christentum maßgeblich sich stützenden Gemeinsamkeiten zu pflegen, verbunden mit einem demokratischen Staatsaufbau und einer Wertschätzung von Menschenrechten.

Freilich erforderte die Umsetzung dieser Absicht in die Wirklichkeit ihren Preis: Erforderlich war die grundsätzliche Bereitschaft, nationalstaatliche Souveränität einzuschränken; erforderlich war zudem die Einrichtung einer kompetenten Instanz, die eine vereinbarte Integration funktionstüchtig macht, und erforderlich war – aber leider bis heute wenig oder jedenfalls zu wenig beachtet – „eine Änderung von Denkgewohnheiten“ sowie ein breites Verständnis für „eine gemeinsame europäische Verantwortung“. So hatte es der erste Präsident der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, bereits 1958 vor dem Europäischen Parlament deutlich gemacht.

Der für die europäische Integration zu leistende Preis ist nach Art und Umfang

im Laufe der Jahre immer wieder in Frage gestellt worden, wenn man mit Entwicklungen in der Europäischen Union und der Europapolitik nicht einverstanden war. Neuerdings steht der einzubringende Preis aber auch deshalb in Frage, weil die ihm ursprünglich zugrundeliegenden, von den Gründungsvätern immer wieder vortragenen Ziele wie ein fester Bodensatz aktueller Politik genommen werden, so dass für den aktuellen Prozess einer sich fortsetzenden europäischen Integration neue Ziele notwendig sind:

Es geht um eine Stärkung der europäischen Selbstbehauptung im globalen Wettbewerb, um die konstruktiv auf Vergleiche ausgelegte Vertiefung der Verständigung zwischen europäischen Verbündeten (deren die europäischen Nationalstaaten im eigenen nationalen Interesse dringend bedürfen) und um die Verfeinerung interkultureller und zwischenstaatlicher Kompromissfindung. Und es geht – immer noch – um den Aufbau eines europäischen Bewusstseins vom historisch gewachsenen und für die Zukunft gewollten europäischen Zusammenhalt, das in Anerkennung eingetretener Verflechtungen und gelebter Bindungen und Verbindungen mit Hilfe von Schulen, Hochschulen und Medien z.B., aber auch mit Hilfe der Europa Union und der Europäischen Bewegung zu einer europäischen Öffentlichkeit führt, die letztendlich einmal einen europäischen Bundesstaat tragen und nach demokratischen Grundsätzen ausbauen kann (Siehe auch das Düsseldorfer Programm der Europa Union Deutschland vom 28.10.2012, das vom Bundeskongress verabschiedet wurde.).

„Europa“ braucht in diesem Sinn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten, aus allen Generationen, aus allen Religionen und aus allen Regionen, die sich engagiert zu ihm bekennen. Finden und ermutigen wir sie!

*Prof. Dr. Hein Hoebink
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
und Europa-Union Nordrhein-Westfalen*



Diese Plätze gilt es am 25. Mai bei den Europawahlen mit Europäern zu besetzen!

Fotolia.com © Benshot

1. Preis für Wahlaufwurf der JE-JEF Baden-Württemberg

Die regionale Jugendorganisation der Europa-Union, die Jungen Europäer-JEF Baden-Württemberg, hat beim Wettbewerb des Staatsministeriums Baden-Württemberg „Macht mit! Europa geht wählen“ den 1. Preis gewonnen. Die Europa-Union gratuliert herzlich zu dem Erfolg.

In einem Video rufen die JEFer dazu auf, zur Wahl zu gehen und liefern auch gleich die Begründung. In dem Wahlaufwurf heißt es: „Wir, die jungen Menschen, müssen Europa in die Hand nehmen, weil wir die Zukunft sind und den Enthusiasmus und die Visionen haben.“

„Es freut mich sehr, dass wir eine Vielzahl an kreativen Beiträgen erhalten haben und dass besonders viele junge Leute an unserem Wettbewerb teilgenommen und sich mit der Europawahl auseinandergesetzt haben“, sagte Europaminister Peter Friedrich in Stuttgart. Eine unabhängige Jury entschied sich für den Beitrag der JEF Baden-Württemberg, der vor allem junge Menschen zum Wählen motivieren soll.

Der Preis ist zugleich Rückenwind für die JEF Deutschland, die am 25. Januar 2014 ihre politische Kampagne zur Europawahl gestartet hat.

„Wecke den Europaretter in Dir“ JEF startet ihre Kampagne zur Europawahl 2014

Die Kampagne der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), der Jugendorganisation der Europa-Union Deutschland, steht unter dem Motto „Wecke den Europaretter in Dir“ und lädt junge Menschen ein, ihre Ideen eines demokratischen und föderalen Europas zu teilen. Im Mittelpunkt der Kampagne steht die neue Webseite www.europaretter.de, die allen Europaretttern ein Gesicht gibt und die Aktionen der JEF-Sektionen deutschlandweit vernetzt.

Die JEF Deutschland will allen pro-europäisch gesinnten jungen Menschen die Möglichkeit geben, Flagge zu zeigen: gegen den erstarkenden Nationalismus und schwindende Solidarität innerhalb der Europäischen Union, und für die positive Vision eines demokratischen und gerechten Europas.

„Ein Europaretter zu werden ist nicht schwer“, erläutert die JEF-Bundessekretärin Linn Selle. „Auf europaretter.de können junge Menschen ihre Ideen für ein besseres Europa teilen. Wir von der JEF Deutschland nehmen diese Ideen auf und konfrontieren damit deutschlandweit Menschen aus Politik und Wissenschaft. Diese Offline-Rückmeldungen führen wir dann wieder zurück auf die Webseite.“

Mit der Kampagne will sich die JEF Deutschland vor den Wahlen und darüber hinaus dafür einsetzen, dass Europa endlich die Kurve kriegt und grundlegende Reformen umgesetzt werden. „Und diese Reformen müssen demokratisch legitimiert sein und dürfen nicht hinter verschlossenen Türen zu Stande kommen“, fordert JEF-Bundesvorsitzender Daniel Matteo. Mit knackigen Thesen will die JEF Deutschland auf ihre Forderungen aufmerksam machen. „EINE Währung braucht EINE Regierung“ und „Hessen hat auch keinen Außenminister“: Hinter den Thesen stecken die Forderungen nach einer wirklichen wirtschafts- und finanzpolitischen Integration, einer einheitlichen europäischen Außenpolitik sowie die Einsetzung eines demokratischen und transparenten Konvents zur langfristigen Weiterentwicklung der Europäischen Union.

Bis zum Wahltag am 25. Mai 2014 werden von den Orts-, Kreis-, und Landesverbänden vielfältige Aktionen, auch in Zusammenarbeit mit der Europa-Union, im Rahmen dieser Wahlkampagne stattfinden, die auf der Kampagnenwebseite zusammengetragen werden. ■



Europawahl 2014 – Die Segel sind gesetzt

Europa-Union und JEF machen sich fit für ihre Wahlkampagne

Alle fünf Jahre laufen Europa-Union und JEF zu wahrer Höchstform auf: Europawahlkomitees werden gegründet, Erstwählerseminare veranstaltet, Straßenaktionen geplant und Kampagnenpläne geschmiedet. Während das Europäische Parlament als Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger stetig an Bedeutung gewinnt und sich selbstbewusster denn je zu Wort meldet, sind wir mit rückläufiger Wahlbeteiligung und wachsender Politikverdrossenheit gegenüber der Europäischen Union konfrontiert. Für Europa-Union und JEF stellt dies nicht nur eine besondere Herausforderung dar, sondern ist auch Motivation, die Anstrengungen für die Wählermobilisierung zu erhöhen und den Dialog mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu suchen.



Netzwerk zeigen, und so neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE AKTIVEN VOR ORT

Spätestens seit Jahresbeginn haben EUD- und JEF-Verbände den Wahltag 25. Mai 2014 fest im Blick und rüsten sich für die Kampagnenarbeit. Auf allen Verbandsebenen laufen die Vorbereitungen. Die Europa-Union hält ein vielfältiges Angebot für die Aktiven aus Landes- und Kreisverbänden bereit. Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt Kreis- und Landesverbände bei der Organisation von Straßenaktionen von „Europa mitbeSTIMMEN“. An die 70 Einzelaktionen sollen bundesweit mit vereinten Kräften bis zur Europawahl stattfinden. Argumentationshilfen, Werbe- und Informationsmaterialien des Bundesverbandes sind in Berlin abrufbar oder direkt über die Website der Europa-Union



Der Europawahlkampf und die krisenbedingte Präsenz europäischer Themen in den Nachrichten sind für EUD und JEF eine Chance, um bei Bürgern und Politikern auch mit ihren eigenen Anliegen Gehör zu finden. Unsere Forderung nach einer Ausweitung des Wahlrechtes für EU-Bürgerinnen und -Bürger auf die Bundes- und Landesebene, unsere Kritik an der Verlagerung von Entscheidungen weg vom EU-Parlament und zurück zu den Regierungschefs im Rahmen der Krisenbewältigung und unsere Vision eines europäischen Bundesstaates können wir bei unserer Europawahlkampagne vielen Menschen nahebringen. Nicht zuletzt können wir uns bundesweit als engagierter weltoffener Verband und starkes bürgerschaftliches

zu bestellen. Auf dem verbandsoffenen Bundesausschuss im März können sich Mitglieder inhaltlich fit für kritische Diskussionen machen und neue Kommunikationstechniken ausprobieren.

BUNDESAUSSCHUSS AM 15. MÄRZ IN BERLIN

Der gemeinsame Bundesausschuss von EUD und JEF wird ganz im Zeichen der bevorstehenden Europawahl stehen. Die Tagung steht allen interessierten Mitgliedern offen. Innovative Formate der Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung stellt der bekannte Kommuni-

kationsexperte Wolfgang Nafroth vor. Von ihm stammt auch das Konzept der „Bodenzeitung“, das wir in unserer Kampagne „Europa mitbeSTIMMEN“ umgesetzt haben. Kommunikationstrainerin Gwendolin Jungblut gibt Tipps für das direkte Gespräch mit Bürgern bei Infoständen und Straßenaktionen. Auch der Umgang und die argumentative Auseinandersetzung mit Euro(pa)skeptikern sind in diesem Workshop Thema. Darüber hinaus bietet der Bundesausschuss viel Gelegenheit zum Austausch über Veranstaltungen und Projekte sowie geeignete und erprobte Instrumente der Kampagnenarbeit. Teilnehmerinnen und Teilnehmer können ihre Erfolgsformate zur Wählermobilisierung und Europakommunikation vorstellen und sich gegenseitig inspirieren.

Die Tagung findet statt am 15.3. Von 10.30 bis 16.00 Uhr im Dietrich-Bonhoefer-Hotel, Ziegelstr. 30, in Berlin Mitte. Anmelden können sich Interessierte unter www.europa-union.de oder direkt unter Tel. (030) 3 03 62 01 30.

UNSERE BOTSCHAFT AN DIE POLITIK

Unseren Verband und unsere Forderungen gegenüber der Bundespolitik und den Akteuren in Berlin und Brüssel zu vertreten, ist eine der Hauptaufgaben des Bundesverbandes. Mit dem Kieler Appell des letzten Bundeskongresses (vgl. Ausgabe 4/2013) geht die Europa-Union mit einer klaren Botschaft an Politiker und Wähler in ihre Kampagne zur Europawahl. In diesem Kontext stehen auch die Neukonstituierung der EUD-Parlamentariergruppe im Bundestag am 8. April, die öffentlichkeitswirksame Verleihung der Europapreise und der Europäischen Abend „Europa wählen“ am 17. März in Berlin mit den deutschen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zur Europawahl: David McAllister MdL, Alexander Graf Lambsdorff MdEP, Franziska Keller MdEP, Birgit Sippel MdEP und Gabriele Zimmer MdEP. ■

Europa mitbeSTIMMEN – das Herzstück der Europawahlkampagne

Die Europa-Union war im Frühjahr 2013 mit dem Ziel angetreten, Menschen in ganz Deutschland in 50 Aktionen über ihre Unionsbürgerrechte und die Wahl zum Europäischen Parlament zu informieren und unter dem Motto „Europa mitbeSTIMMEN“ den Dialog auf der Straße zu suchen. Das Ziel wurde deutlich übertroffen: Bis Ende des vergangenen Jahres wurden von Bundesverband, Landes- und Kreisverbänden und unter der tatkräftigen Mitwirkung von JEF-Regionalverbänden bundesweit 80 Straßenforen durchgeführt. Dieser Erfolg und die positive öffentliche Resonanz – bei den Passanten, bei anderen Organisationen der Zivilgesellschaft wie auch bei unseren institutionellen Partnern – geben uns Rückenwind für die nächsten Monate. Bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 wollen wir mit Ihrer Unterstützung weitere 70 Straßenforen organisieren.



Blickfang der Straßenaktion: Die Bodenplane weckt die Neugier der Passanten, die aufgedruckten Thesen sind ein wunderbarer Eisbrecher, um ins Gespräch zu kommen.

Bild: EUD Ludwigsburg

NAH AM BÜRGER

Bislang haben sich mehr als 2.500 Personen an Europa mitbeSTIMMEN direkt beteiligt, nicht gezählt die vielen Passanten, die „nur“ reden wollten, ohne ihr „Kreuz“ zu machen. Bei den Straßenforen kommen wir mit vielen Leuten in Kontakt, die wir mit konventionellen Veranstaltungsangeboten wie politischen

Vorträgen oder Podiumsdiskussionen nie erreichen würden. Durch die Gespräche erfahren wir, welche Probleme und Themen den Menschen am Herzen liegen.

Trotz regionaler Unterschiede bewegen die Bürger überall ähnliche Sorgen und Ängste, auch die Erwartungen an die EU stimmen weitestgehend überein: Besonders die Jugendarbeitslosigkeit und der Zusammenhalt in Europa, die Finanzkrise, aber auch der Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz gehören zu den meist genannten Themen.

Offenbar wird auch, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern die Europäische Union zu komplex ist, sie haben ein diffuses Bild über die Rolle und die Verantwortlichkeiten von nationaler und europäischer Politik. Daraus resultieren unzutreffende Schuldzuweisungen und möglicherweise überzogene Erwartungshaltungen an die europäische Ebene. Hinlänglich bekannte Vorurteile halten sich hartnäckig. Unzureichende Kenntnisse über die Europäische Union und ihre Institutionen sind ein Grund dafür. Erkennbar ist jedoch ein großes Bedürfnis, über Europa zu diskutieren und mehr über Europa-politik zu erfahren.

Unsere Botschaft an das Europäische Parlament, seine Abgeordneten und die Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl lautet daher:

- (1) Informationsangebote vergrößern und attraktiver gestalten sowie den Zugang dazu erleichtern!**
- (2) Die Kommunikation mit den Menschen über die Demokratisierung und die Zukunft der EU verstärken!**



Auch die Wählerinnen und Wähler von morgen wollen heute schon mitbestimmen!

Bild: EUD Brüssel

Notwendig sind bürgernahe Informationskampagnen und der direkte Dialog mit den Menschen – auch außerhalb „geschützter“ Räume wie auf Konferenzen und bei Podiumsdiskussionen. Politik, Medien und Zivilgesellschaft sind hier gleichermaßen gefordert.

Die positive Resonanz auf unsere Straßenforen zeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger für das Engagement der Europa-Union dankbar sind. Deshalb freuen wir uns auf die kommenden Aktionen von „Europa mitbeSTIMMEN“.

DIE HEISSE PHASE BEGINNT JETZT!

Wir laden alle Mitglieder und Regionalverbände herzlich ein, sich an einem Straßenforum zu beteiligen und so Europa vor Ort mitzubestimmen.

Informationen erhalten Sie bei Ihrem Landes- oder Kreisverband sowie bei der Bundesgeschäftsstelle. Ihre Ansprechpartnerinnen in Berlin sind Sandra Schumacher und Katharina Borngässer, Tel. (030) 303 620133. Besuchen Sie uns auch auf unserer Seite www.europa-mitbestimmen.de. ■

Rheinland-Pfalz

Die Anfänge der Europabewegung

Ein lesenswertes Buch!

Die von unserem Mitglied Walter Helfrich verfasste Dissertationsschrift „Die Anfänge der Europabewegung in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg“ ist breit eingebunden in die Geschichte der Europäischen Bewegung. Völlig unerwartet verstarb der Autor während des Dissertationsverfahrens. Doktorvater Heinz Duchhardt nennt die lesenswerte Arbeit im Vorwort „eine wirkliche Pionierstudie von einer Qualität, die den integralen Druck allemal rechtfertigt“, der dankenswerter Weise vom Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde besorgt und herausgegeben wurde. Die „Untersuchung liefert auf breiter Quellenbasis erstmals eine detaillierte Darstellung der Gründungsphase der Europabewegung in der Pfalz – insbesondere der in ihrem Zentrum stehenden Europa-Union“, verspricht der Covertext. Es ist eine „umfassende historische Gesamt-schau, die nicht nur die ideologischen Grundlagen der Bewegung oder die anfangs von personellen und logistischen Schwierigkeiten dominierte Geschichte“ unseres Landesverbandes „zeigt, sondern – mit Hilfe der Demoskopie – auch die Mentalität der Pfälzer Bevölkerung in der Adenauer-Zeit zu ergründen versucht“. „Eine vergleichbare Arbeit über eine andere deutsche Region gibt es nicht“, stellt der international renommierte Historiker Duchhardt fest, der sie „ein Standardwerk“ nennt. Es ist eine Fundgrube für die Erinnerung, ein gelungener Rückblick für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft, der auch wieder zu neuer Aktivität anregen kann.

Das Buch kann bezogen werden beim Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde, Benzinoring 6, 67657 Kaiserslautern, Tel. (06 31) 3 64 73 03, www.pfalzgeschichte.de.

Pirmasens-Südwestpfalz

Studienfahrt nach Metz

Anlässlich des 50. Jahrestages des Elysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich wurde als erste Station das Robert-Schuman-Haus – ein europäisches Kulturerbe – besucht. Eine Sonderausstellung über die Gründerväter Europas, Robert Schuman und Konrad Adenauer, ist im dortigen Museum zu sehen. Danach ging es in das Zentrum von Metz, wo Kathedrale, Markthalle und Altstadt viele interessante Möglichkeiten zum Verweilen bieten.

Am Nachmittag wurde bei der Fahrt über Saargemuines schließlich der deutsch-französische Europäische Kulturpark Bliesbruck-Reinheim besucht. Nicht nur römische Ausgrabungen sind dort vorhanden, sondern auch ein Museum mit einem keltischen Fürstinnengrab. Eine dortige Sonderausstellung zeigt 2.500 Jahre gemeinsame Geschichte in Lothringen und im Saarland.



Bild: EUD Pirmasens

Mainz

Ist die EU noch zu retten?

Unter diesem Titel lud der Kreisverband gemeinsam mit dem Freundschaftskreis



(v. l. n. r.) Franz Blum, J. Heitz, Dr. Daniel Lange, Jörn Hildner.
Bild: EUD Mainz

Mainz-Minsk zum Vortrag und zur Diskussion ins Mainzer Rathaus ein. Den finanzwirtschaftlichen Input gab Dr. Daniel Lange, Hochschule RheinMain, der sich mit dem Thema „Euro- und Finanzkrise“ seit vielen Jahren befasst. In seinem hochkompetenten Vortrag setzte er sich teils kritisch mit der Position der Europa-Union auseinander und zeigte auf, welche Vorteile flexible Wechselkurse für die Wirtschaft der Staaten bringen könnten, deren Ausgaben und Verschuldungssituation in einem nicht angemessenen Verhältnis zur Wirtschaftsleistung stehen. Ein leidenschaftliches Plädoyer für „Mehr

Europa“ hielt Dr. Josef Hofmann, ehemaliger Präsident der Kammer der Gemeinden Europas beim Europarat. Die Stellungnahmen der weißrussischen Studenten, für die die Veranstaltungsteilnahme zu einem Seminarprogramm gehörte, machten deutlich, dass die Bürger der EUNachbarstaaten die Entwicklungen in der EU sehr genau beobachten. Am Ende des Abends stimmten Franz Blum, Vorsitzender des Freundschaftskreises Mainz-Minsk, und Kreisvorsitzender Jörn Hildner überein, dass es auch künftig gemeinsame Veranstaltungen geben wird.

Verantwortlich: Anna Schneider

Nordrhein–Westfalen

Die Euro–WG: Wo Geld ist, ist es schön!

Ein Krisen–Theaterprojekt für Schüler

Unterhaltsam, schräg und informativ – so lässt sich das schwierige Thema Euro-Krise auch jungen Menschen vermitteln, dachten sich Regisseur Thomas Nufer und Projektentwickler Dirk Schubert aus Münster. Sie schrieben ein witziges, schräges und packendes Bühnenstück mit dem Titel „Die Euro-WG – wo Geld ist, ist es schön“, das 25 Mal in Nordrhein–Westfalen in Kooperation mit der Europa-Union aufgeführt wird bzw. wurde.

Die professionellen Schauspieler im Stück stehen stellvertretend für vier europäische Länder und deren Überlebens- und Finanzprobleme. Es wird unablässig gestritten, diskutiert, gekocht und ge-

liebt. Die unterschiedlichen Lebenseinstellungen und Geldmentalitäten führen zu bisweilen grotesken Verrenkungen und Erklärungsmodellen. Doch überträgt man den Makrokosmos der Europäischen Union in dieser Weise auf den Mikrokosmos der WG, wird jedem klar, wie sehr dieses brisante Thema unmittelbar in unser Leben eingreift.

Das Thema Europa versprüht augenblicklich nur geringe Anziehungskraft. Umso erfreulicher ist die positive Resonanz der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, die sich begeistert über den niederschweligen Zugang zu Gerechtigkeitsfragen in Europa zeigten.

Möglich wurde die Realisierung des Stückes mit der Europa-Union NRW durch Förderung der Stiftung Mercator, des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe und des Rheinischen Sparkassen und Giroverbandes. Anfragen nimmt der Projektkoordinator Dirk Schubert gerne entgegen: d.schubert1@gmx.de

Europa im Blick

Sei es das örtliche Kino, das Jugendzentrum oder das eigene Schulgebäude: Gemeinsam mit der „Gesellschaft für Kommunal- und Europapolitik“ (GEKO) geht die Europa-Union NRW neue Wege, um Europa vor Ort sichtbar zu machen. In zwei Unterrichtsstunden erfahren Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse nicht nur, warum es EU-Förderungen wie die Struktur- und Sozialfonds gibt. In dieser Veranstaltungsreihe „Europa im Blick“ wird auch deutlich, wie diese Förderungen funktionieren und vor allem, welche Mittel konkret in die eigene Region fließen und welche Projekte damit umgesetzt wurden.

Schon zwei Projektreihen mit je zehn Veranstaltungen konnten mit der Förderung der NRW-Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn durchgeführt werden.

Weitere Informationen hält der Projektleiter Thomas Heineke bereit: heineke@geko-bb.de (www.geko-bb.de)

Leverkusen

Armin Laschet überzeugt als Europäer

Wieder einmal hat der Kreisverband Leverkusen mit seinem Vorsitzenden Dr. Hans-Georg Meyer eine tolle Veranstaltung ausgerichtet. Mit einer überzeugenden Rede nahm Armin Laschet, Vorsitzender der NRW-CDU und Mitglied der Europa-Union Aachen, beim Neujahrsempfang in Leverkusen Stellung zu der Frage „In welcher Verfassung ist Europa?“. Mit Blick auf die europäisch bedeutsamen Jahrestage im Jahr 2014 lobte er die EU als einzigartiges Friedensprojekt. Bestrebungen zu wiederaufkommendem Nationalismus erteilte er eine klare Absage. Für die Menschen, die Wirtschaft, aber auch zum Beispiel die Verbrechensbekämpfung bräuchte man eigentlich noch viel mehr Zusammenarbeit und allgemein gültige Regelungen in Europa: „Manchmal hat man das Gefühl, nur die Mafia sei stringent europäisch“, so Laschet. An der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und anderen wichtigen Errungenschaften der EU müsse man unbedingt festhalten. Auch für die Erhebung einer Pkw-Maut in bisher angedachter Form sieht er europarechtlich Schwierigkeiten. Außerdem stehe eine solche Maut den Interessen der Bürger in NRW entgegen, weil sie dazu führen könnte, dass auch Belgien und die Niederlande eine Pkw-Maut einführen würden. Als starke Industrienation profitiere vor allem die deutsche Exportwirtschaft davon, wenn in Europa für viele Produkte vereinheitlichte Regelungen, zollfreier Handel und eine gemeinsame Währung gelten. Dennoch betonte er auch die Notwendigkeit, dass schon bald mit einer europäischen Verfassung unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eindeutiger geregelt werden müsse, welche Ebene wofür zuständig sei. Besonderen Beifall und Lob erhielt Laschet vom Landesvorsitzenden der Europa-Union, Wolfram Kuschke, der stellvertretenden Bürgermeisterin von Leverkusen, Eva Lux MdL, und dem Vorsitzenden der Europa-Union Leverkusen, Hans Georg Meyer.

Verantwortlich: Kirsten Eink



Die Bewohner der Euro-WG haben etwas zu feiern.
Bild: M. Nicolai

Niedersachsen

Diskussionen über Wahlrechtsreform

EUD-Präsident Wieland besucht Landesverband

Als zum Jahresbeginn der Präsident der Europa-Union, Rainer Wieland MdEP, den Landesverband in seiner neuen Geschäftsstelle in Hannover besuchte, waren die übrigen Büros im „Heinrich-Jürgens-Haus“ unbesetzt. Sonst hätten sich nach einer Begrüßungsrunde der Verein in Hannover und der Landesverband vermutlich über einen Stapel weiterer Beitrittserklärungen freuen können. Bekanntlich entgeht kein Gesprächspartner der europapolitischen Überzeugungskraft des Präsidenten. Zuletzt erfuhren das u.a. Bundesministerin Ursula von der Leyen und CDU-Europawahl-Spitzenkandidat David McAllister, die er beide als neue Mitglieder für den Landesverband gewinnen konnte. Weitere Politikerinnen und Politiker können gerne folgen!

In einem ausführlichen und offenen Erfahrung- und Informationsaustausch, zu dem der Landesvorstand auch die Vorsitzenden aller anderen Vereine im Landesverband eingeladen hatte, wurde über Chancen und Schwierigkeiten einer europapolitischen Verbandsarbeit gesprochen. Dass hierfür eine überzeugende Politikgestaltung durch die EU und eine klare und nachvollziehbare Kompetenzverteilung zwischen ihren Organen bessere Voraussetzungen bieten könnten, machte die Frage des Vorsitzenden aus Bad Pyrmont deutlich, der als Beispiel auf die unterschiedlichen Präsidenschaften im Ministerrat und im Europäischen Rat der EU verwies. Nach den Wahlen zum EP am 25. Mai werden nach Einschätzung des Präsidenten auch institutionelle Reformen in der EU angegangen werden müssen. In der Überzeugung europäischer Demokraten müsse das Parlament das entscheidende Organ werden und nicht – wie zuletzt oft praktiziert – der Europäische Rat. Nicht Renationalisierung der Politik, sondern eine bestimmende Gemeinschaftspolitik sei gefordert, um nationale wie internationale Herausforderungen souverän bewältigen zu können.



EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP (2. v. r.) im Gespräch mit dem Landesverband

Bild: Florian Sauer

In seinem Bericht schilderte Landesvorsitzender Wolfgang Zapfe die hinderlichen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Verbandsarbeit. Die institutionelle zugunsten der projektbezogenen Förderung „auf Null“ zu fahren, bewähre sich nicht. Erwartungen setze der Landesverband in die Ämter für regionale Landesentwicklung, in denen auch die Europabüros neue Zuständigkeiten erhalten sollen. Positiv bewertete er in seiner Leistungsbilanz die Vielzahl und Vielfalt von Veranstaltungsangeboten, darunter zwei Studienfahrten des Landesverbands nach Otzenhausen und Brüssel, die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit in Bundes- und Landesverband und die Gespräche mit der Staatskanzlei und den Landtagsfraktionen. Sie haben – wie der stellv. Landesvorsitzende Adolf Schröder ergänzte – im Juni 2011 zur Gründung einer interfraktionellen Parlamentariergruppe geführt. Für gemeinsame Veranstaltungen im Landtag hatte der Landesvorstand 2012 und 2013 Themen gewählt, in denen Verknüpfungen von Europa- und Landespolitik konkret werden: „Transeuropäische Verkehrsnetze in Niedersachsen“ und „Politische Bürgerrechte“.

Beide Themen beschäftigen die Landespolitik weiterhin. Gespannt ist der Landesvorstand, was die Diskussionen über die Initiative des Bundesverbandes zur Reform des

Wahlrechts ergeben. Nach der Veranstaltung mit EUD-Präsidiumsmitglied Ulla Kalbfleisch-Kottsieper hatte der Landesvorstand allen Fraktionen ihren veröffentlichten Beitrag „Unionsbürgerschaft ohne Bürgerrechte? – Vom Wohnbürger zum Wahlbürger!“ zugesandt. Nach Auskunft der Fraktionen der Regierungsparteien wird darüber in zuständigen Fachausschüssen beraten. In einer schriftlichen Stellungnahme hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion die bekannten Vorbehalte aufgeführt, darüber hinaus aber sein Interesse an weiteren Diskussionen bekundet. Für eine überparteiliche Organisation wie die Europa-Union mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Parteien führe ein solches Thema nachvollziehbar zu kontroversen Diskussionen, betonte der EUD-Präsident Wieland. Während Mitglieder daran festhalten möchten, politische Bürgerrechte konsequent mit der Staatsbürgerschaft zu verbinden, plädieren andere dafür, politische Bürgerrechte für ausländische Bürgerinnen und Bürger nach festgelegten Fristen und vereinbarten Kriterien vom tatsächlichen Lebensmittelpunkt abhängig zu machen. Eine unabhängige und überparteiliche Organisation wie die Europa-Union müsse solche kontroversen Debatten in gegenseitigem Respekt führen können, war die allgemeine Überzeugung.

Verantwortlich: Adje Schröder

Hessen

Jahresauftakt in Offenbach

Seinen Jahresauftakt begann der hessische Landesverband auf Einladung seines Vorsitzenden, Thomas Mann MdEP, im Sitzungssaal des Offenbacher Kreishauses.

Nach einführenden Worten des heimischen Landrates und EUD-Kreisvorsitzenden Oliver Quilling, legte der Landesverband die Grundlagen für die finale Phase des Europawahlkampfes. „Überparteilich, aber nicht unpolitisch werden wir für die Europa-Idee werben!“, so der motivierende Appell des Landesvorsitzenden.

Landesgeschäftsführer Timo Röder stellte sodann die aktuelle Lage des Landesverbandes dar, der sich in den beiden letzten Jahren grundlegend modernisiert und professionell aufgestellt habe. Gemeinsam mit Landesvorstandsmitglied Sven Ringsdorf gelinge es, die Kreisverbände bestmöglich zu unterstützen. Insgesamt zeigte sich der Landesvorstand zudem erfreut, dass die Zusammenarbeit mit den JEF für 2014 deutlich an Fahrt gewinne.

Lahn-Dill Kreis

Europas „Hauptstadt“ besucht

Auf Einladung des hessischen Europaabgeordneten Michael Gahler organisierte Sven Ringsdorf eine Reise nach Brüssel. Ein Großteil der Finanzierung erfolgte aufgrund der Anerkennung als Bildungsfahrt durch europäische Fördermittel. 30 vornehmlich junge Teilnehmer aus dem Lahn-Dill-Kreis sowie aus den Reihen der Jungen Union Lahn-Dill sowie den Jungsozialisten Lahn-Dill waren der Einladung gefolgt, um sich in der „Hauptstadt“ Europas einen Eindruck über die Arbeitsabläufe und Prozesse europäischer Einrichtungen zu machen. Beim Besuch des Europäischen Parlaments wurden Aufbau und Arbeitsweise der verschiedenen EU-Organe erläutert. Im Abgeordnetengespräch mit Michael Gahler MdEP wurden anschließend die aktuellen Herausforderungen in der EU-Politik diskutiert, darunter der Umgang mit starken Flüchtlingsströmen, die Staatsschuldenkrise und der demographische Wandel innerhalb der EU. Der Wunsch der jungen Teilnehmer war es vor allem, sich verstärkt mit der Thematik „Generationsgerechtigkeit“ zu befassen, damit Europa auch noch in 20, 30 und 50 Jahren über lebenswerte Rahmenbedingungen verfügt. Der letzte Programmpunkt

des ersten Tages war ein Besuch beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, wo die Teilnehmer einen Einblick in die Arbeit der relativ jungen Einrichtung gegen Korruption und Betrug erhielten. Am Folgetag standen schließlich zwei Informationsbesuche bei der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und dem Bundesverband der Industrie an, bevor die Gruppe nachmittags die Heimreise antrat.

Schwalm-Eder

Neujahrsempfang mit Talkrunde

Gemeinsam mit der Stadt Borken läutete der Kreisverband Schwalm-Eder das neue Jahr mit einer interessanten Talkrunde ein. Thematisiert wurden die Politiken der Europäischen Union vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament.



Auf dem Podium diskutierten (v. r. n. l.): Bürgermeister Bernd Heßler, Hans-Hinrich Schriever von der Energieeffizienz aktiv Mitgestalten gGmbH, Sonja Pauly, zuständig für die LEADER-Programme, Adolf Lux vom Kreisbauernverband und Marianne Hühn, EUD-Kreisvorsitzende Schwalm-Eder.

Bild: EUD Schwalm-Eder



Michael Gahler MdEP (1. Reihe Mitte) mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bildungsfahrt nach Brüssel
Bild: EUD Lahn-Dill

Wichtiger Hinweis

Der Europäische Festabend und die Landesversammlung 2014 in Kassel finden am 18. und 19. Juli – nicht Juni – statt! Gäste sind gerne willkommen.

Verantwortlich: Timo Röder

Jetzt Mitglied werden!

- Werden Sie Teil eines europaweiten Netzwerks!
- Knüpfen Sie internationale Kontakte!
- Gestalten Sie Europa mit!

Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland e.V. werden. Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten bis zum 35. Lebensjahr.

Die Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“ möchte ich kostenfrei als

digitale Ausgabe per E-Mail oder als Printausgabe per Post beziehen.

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon & E-Mail: _____

Geburtsdatum & Beruf: _____

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Bundesdatenschutzgesetz § 28 (9) von der Europa-Union Deutschland und ihren Untergliederungen (bei Mitgliedern unter 35 Jahren auch von der JEF Deutschland und ihren Untergliederungen) ausschließlich für interne Vereinszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich zahle für meine Mitgliedschaft einen – steuerlich absetzbaren – Monatsbeitrag in Höhe von € (Selbsteinschätzung). Der Mindestbeitrag gemäß der Beitragsordnung beträgt derzeit 4,00 € (ermäßigt 2,00 €).

Ort & Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden an: EUROPA-UNION Deutschland e.V., Sophienstraße 28/29, D-10178 Berlin

Bremen

Auftakt zum Wahljahr Europas

Der Europa-Union Landesverband Bremen startete am 14. Januar mit einer kontroversen Diskussion zum Thema „Aufbruch in die Euro-Union – Ein Vorschlag zur Zukunft Europas“ ins europäische Wahljahr. Der Gastreferent Maximilian Steinbeis – Mitglied der Glienicker Gruppe, die aus elf Ökonomen, Politologen und Juristen besteht und Mitte letzten Jahres einen breit diskutierten Vorschlag zur Zukunft der Europäischen Union vorgelegt hatte – stellte die wichtigsten Punkte aus dem Papier vor. Neben den Forderungen nach eigenverantwortlichen Gläubigern, Schutz der Lebenschancen in Europa, Schutz der demokratischen Rechtsstaatlichkeit und Bewahrung der öffentlichen Güter wurde in der anschließenden Diskussion vor allem die Forderung nach der Einrichtung eines Euro-Parlaments – bestehend aus Abgeordneten aus den Euro-Staaten – von den Gästen kontrovers diskutiert. Lehnten die einen den Vorschlag als spalterisch ab, sahen andere eben in diesem Vorschlag europäisches Zukunftspotential.

Die gut besuchte Auftaktveranstaltung war ein hervorragender Start in die kommenden europapolitisch wichtigen Wochen und Monate, die sicherlich weiterhin von kontroversen Debatten um die besten Zu-

Saarland

Besuch der griechischen Konsulin Eftalia Kakiopoulou (2. v.r.) in Saarbrücken: Vertreter der Europa-Union Saar und der Asko-Europa-Stiftung trafen sich mit ihr im Rahmen ihres Saarlandbesuches zu einem Gespräch. In der interessanten Begegnung ging es um Themen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung.

Bild: EUD Saarland

Verantwortlich:
Dr. Hanno Thewes



kunfts-konzepte für die Europäische Union geprägt sein werden.

Verantwortlich: Dr. Henrike Müller

Baden-Württemberg

Bodensee

Preisverleihung

Alle zwei Jahre prämiert die Europa-Union Bodensee die besten wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema „Europa und Kommunen“. Für die Preisverleihung im Schloss Montfort in Langenargen konnte Landtagspräsident Guido Wolf als Festredner gewonnen werden. In seiner Rede bezeichnete Wolf die EU als beispiellose Erfolgsgeschichte, die es wieder stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern gelte. Er plädierte dafür, Entscheidungen noch transparenter zu machen, um sie den Bürgern näher zu bringen. Die kommunale und regionale Selbstverwaltung sei ein wichtiger Bestandteil der europäischen Identität und müsse gestärkt werden. Kreisvorsitzender Rolf Müller betonte, dass die friedensstiftende Wirkung von Europa an Strahlkraft verloren habe und es daher auch an der Europa-Union sei, hierfür wieder mehr Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen. Der stellv. Landesvorsitzende Simon Blümcke stellte die Preisträger und ihre Arbeiten in einer Laudatio vor. Kristina Kappler aus Tübingen, Anna Rudolph aus Brüssel, Julia Schmalenberger aus Konstanz, Anja Siegel aus Stuttgart, Marc Dannenberg aus Wimsheim, Manuel Liesenfeld aus Ludwigsweiler Winkel und Matthias Paul aus Eriskirch wurden für ihre wissenschaftlichen Arbeiten geehrt. Im Rahmen des Festakts erhielt Kreisvorsitzender Rolf Müller aus den Händen des stellv. Landesvorsitzenden Florian Ziegenbalg die Goldene Ehrennadel.

Karlsruhe

Zypern-Reise

Der Kreisverband begab sich mit 70 Teilnehmern auf eine Studienreise nach Zypern. Ausgangspunkt war die Türkische Republik Nordzypern. Von dort unternahmen die Teilnehmer täglich Exkursionen über die gesamte Insel. Nicht nur die zahlreichen Kulturstätten aus vielen Epochen waren ihr Ziel, sondern vor allem die Begegnungen und Diskussionen, z. B. mit der deutschen Botschafterin und ihrem Wirtschaftsattaché. Sehr außergewöhnlich und eine hohe

Ehre war der Empfang beim Präsidenten von Nordzypern. Der Bürgermeister von Gazimagusa (Famagusta) rundete die politischen Eindrücke ab. Die Teilnehmer spendeten 1.500 Euro für ein SOS Kinderdorf am Stadtrand der Inselhauptstadt und leisteten so einen eindrucksvollen Beitrag für die betroffenen Kinder.

Staufen-Münstertal

30. Jubiläum gefeiert

Zur Feierstunde aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Stadtverbandes waren zahlreiche Ehrengäste gekommen. Vorsitzende Sieglinde Lange konnte neben den Festrednern, der Landesvorsitzenden Evelyne Gebhardt MdEP und dem Leiter der Europa-Abteilung im Staatsministerium Baden-Württemberg, Werner Schempp, auch Bürgermeister Rüdiger Ahlers und mehrere Gemeinderäte und Freunde aus dem benachbarten Elsass und der Schweiz willkommen heißen. Gebhardt ging in ihrer Rede auf die lange Vorgeschichte der Idee der Vereinigten Staaten von Europa ein. Abteilungsleiter Schempp zeigte die Bedeutung Europas für Baden-Württemberg auf und berichtete über die vielfältigen europapolitischen Aktivitäten des Landes.



Sieglinde Lange (2. v. l.) und Evelyne Gebhardt (4. v. r.) begrüßen die Gäste zur Jubiläumsfeier.
Bild: EUD Staufen-Münstertal

Neckar-Odenwald

Vielfältiges

Jahresprogramm

Der Kreisverband kann auf ein abwechslungsreiches und intensives Jahr 2013 zurückblicken. Zusammen mit der Stadt Mosbach konnte in einer Festveranstaltung

das 50-jährige Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages begangen werden. In Hardheim, Mosbach, Osterburken und Buchen fanden wieder Preisverleihungen des Europäischen Wettbewerbs statt. Dem Kreisverband gelang es zudem, eine Ausstellung über Konrad Adenauer und Charles de Gaulle nach Mosbach zu holen und so den Bürgern im Jubiläumsjahr des Elysée-Vertrages neue Einblicke in dessen Entstehungsgeschichte zu ermöglichen. Der Besuch des Vorsitzenden des Europaausschusses im Deutschen Bundestag, Gunther Krichbaum MdB, im Landkreis rundete das Programm ab. Kreisvorsitzender Karl-Heinz Nesper betonte, dass auch im Jahr 2014 wieder an einem ähnlich intensiven Programm gearbeitet werde. Im Zentrum würden die Europawahl und der 100. Jahrestag des Ausbruchs des 1. Weltkrieges stehen.

Junge Europäer – JEF

Straßburger Gespräche

Die zweisprachigen deutsch-französisch-schweizerischen Straßburger Gespräche 2013 hatten die Bestandsaufnahme und den Ausblick auf die Zukunft der Verteidigungspolitik in Europa zum Thema. Beim

Eröffnungspanel im Gebäude des elsässischen Regionalrats berichteten Generalleutnant Guy Buchsens Schmidt, Kommandierender General des Eurokorps, Jocelyne Caballero, ständige Vertreterin der Republik Frankreich beim Europarat, und Alexis Valhas, Lehrbeauftragter für öffentliches Recht

an der Universität Straßburg und Berater der NATO, über ihre Erfahrungen und Einschätzungen der Verteidigungspolitik im Spannungsfeld zwischen Mitgliedstaaten und EU. Der zweite Tag des Seminars stand ganz im Zeichen verschiedener Workshops zu unterschiedlichen Aspekten der gemeinsamen Verteidigungspolitik.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Schleswig-Holstein

Junge Europäer aus Norderstedt reden mit

Der Landesschulbeauftragte Joachim Brunkhorst überreichte drei Schülern des Berufsbildungszentrums Norderstedt (BBZ) einen Landespreis im Europäischen Wettbewerb. Der Wettbewerb stand 2013 unter dem Motto „Wir sind Europa! Wir reden mit!“. Die Europa-AG des BBZ veranstaltete hierzu eine Talkshow mit dem Titel „Europa in der Krise – rettet uns ein europäischer Bundesstaat?“ und dokumentierte sie auf einer DVD. Hier prallten Argumente und Gegenargumente aufeinander, und das Publikum konnte sich eine eigene Meinung bilden. Genau dies ist auch der Sinn des Europäischen Wettbewerbs: Junge Leute sollen sich bewusst werden, dass sie Europäer sind und ihre Interessen im europäischen Rahmen vertreten müssen.

Auch am Tag der offenen Tür am BBZ war die Europa-AG mit einer Ausstellung vertreten. Fotografien, eigene Berichte und Presseartikel über ihre Europa-Aktivitäten hatte die Arbeitsgruppe auf Schautafeln zusammengestellt. Landestypische Mitbringsel von den Auslandspraktika waren zu bewundern und die Besucher konnten ihr Europa-Wissen durch Quiz und Kartenspiel überprüfen. Die PowerPoint-Präsentation über die Comenius-Reise nach Italien war schließlich Werbung in eigener Sache: Das aktuelle Comenius-Projekt beschäftigt sich mit „Handel und Handwerk auf europäischen Märkten“.

Europabildung ist fester Bestandteil des pädagogischen Konzepts am Berufsbildungszentrum. Neben verschiedenen Comenius-Projekten ermöglichen Leonardo-Mobilitätsprojekte den Schülern Berufspraktika in England, Frankreich, Litauen oder Finnland.

Joachim Brunkhorst gratulierte der Schule zu ihren erfolgreichen Aktivitäten und betonte, das BBZ erscheine reif für die Verleihung des Titels „Europaschule“! Die Zusammenarbeit mit der Europa-Union soll künftig noch weiter ausgebaut werden.

Joachim Brunkhorst

Klage vor dem EuGH wegen Bürgerinitiative

Ernst Johansson, Kieler Rechtsanwalt und Vizepräsident der Europa-Union Deutschland, zieht im Auftrag der Föderation der Europäischen Volksgruppen (FUEV) vor den Europäischen Gerichtshof. Dort wendet er sich gegen die Entscheidung der Europäischen Kommission, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) der FUEV aus Gründen der Nichtzuständigkeit abzulehnen.

Die FUEV, welche die meisten Minderheiten in Europa vertritt, hatte auf ihrem Jahreskongress 2013 in Brixen eine Europäische Bürgerinitiative unter dem Titel „Minority Safepack“ verabschiedet. Mit einer Million Unterschriften aus ganz Europa sollte die Bürgerinitiative zur Stärkung der kulturellen Vielfalt in Europa beitragen. Dazu

machte die EBI konkrete Vorschläge. Die EU-Kommission lehnte die Registrierung der EBI ab. Die darin enthaltenen Vorschläge fielen nicht in die Zuständigkeit der Kommission, lautete die Begründung. Gegen diese Entscheidung wird die Minderheitenvertretung nun klagen.

Ernst Johansson zufolge handelt es sich



Impressum

1/2014

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 1604, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25.02.2014.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (026 83) 94 39 08
Mobil: (01 71) 5 07 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

um die erste Klage gegen die Ablehnung einer Registrierung einer Europäischen Bürgerinitiative seit deren Einführung im April 2013.

Verantwortlich: Henrike Menze



Fotolia.com ©stockWERK